

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

231 (2.10.1896) I. Blatt

**Ausgabe:**  
Wöchentlich zwei Mal.  
**Abonnementspreis:**  
Vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch die Verlags-  
anstalt bezogen: 2 Mark 50 Pf.,  
in das Haus gebracht: 2  
Mark 80 Pf., durch die Post  
ohne Postgebühr 2 Mark  
50 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Kirchgasse 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

**Anzeigegebühren:**  
Die 14tägige Kleinzeile  
oder deren Raum 20 Pf.,  
im Restamtspreise 60 Pf.  
**Bemerkungen:**  
Unbenutzt gebliebene Ein-  
setzungen werden nicht aufbe-  
wahrt und können nachträg-  
liche Honorar-Ansprüche keine  
Berücksichtigung finden.

Nr. 231. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 2. Oktober

1896

## Das brave Centrum.

Das badische Centrum hat dieser Tage in dem 25jährigen Abordnungs-Jubiläum des Herrn Max Reichert ein politisches Familienfest gefeiert, dem auch die Gegner mit Sympathie für die Person des Jubilars gegenüberstanden. Wenn dennoch nachträglich die Kritik mit dem in Steinbach begangenen Feste sich beschäftigt, so ist das in das Schuldkonto des derzeitigen Führers unseres Centrums, des Geistlichen Rats Wader zu buchen, der es mit Rechtsanwalt Kopf von Freiburg verstanden hat, das Jubiläumsfest zu widerlicher politischer Ausschmückung und zu unqualifizierbarer Schmähung anderer Parteien zu missbrauchen. Wie schon bei einem früheren Anlaß sprach Herr Wader von der göttlichen Mission des Centrums — „Gott will es“, mag der moderne Peter von Amiens wohl demnächst proklamieren, wenn er zu einem neuen Wahl-Kreuzzug wider die Nationalliberalen predigt — und fragte pathetisch: „Glaubt sich jemand, ja zu sagen auf die Frage, ob es denkbar wäre, daß die uns vor allem interessierenden Zustände besser geworden wären ohne die Arbeit des Centrums?“ Selbstverständlich „getraute“ sich niemand, dem Parteigewaltigen zu widersprechen und ungeführt konnte derselbe fortfahren in der Verherrlichung des göttlichen Centrums und der Schmähung der anderen Parteien. „Ohne Centrum“, so hieß es weiter, „existiert ein förmliches Chaos von Parteien in Baden und Deutschland und auf keine Partei können Staatsmänner rechnen. Das Centrum ist zugleich die denkbar beste Schule für die anderen Parteien. Demnach ist die Aufgabe des Centrums in der Zukunft eine größere, aber auch schwierigere, als in der Vergangenheit. Darum soll jeder auch in friedlichen Zeiten seinen Mann stellen; er wünsche, daß das Centrum, das auf Kriegspfeilen zu Großes geleistet, in kommenden Zeiten friedlichen Werksamkeit gerecht werde.“

Das ist schon gesprochen, aber die Dinge liegen doch etwas anders, als sie der plötzlich auffallend weich und friedfertig gewordenen „Wahlfeldmarschall“ darstellt. Wir wollen die Verhältnisse im Reich für heute beiseite lassen. Die Behauptung aber, es existiere ohne Centrum in Baden ein förmliches Chaos von Parteien, dem gegenüber das Centrum selbstverständlich einzig und allein den festen Boden für eine gesunde Entwicklung abzugeben vermöge, fordert zum schärfsten Widerspruch heraus. Das Chaos in Baden ist da, es ist aber auf der Seite, auf der auch das Centrum ist. Demokraten, Centrum, Sozialdemokraten, Antisemiten und Wilde bilden den freundlichen Milchmatsch, der im Landtag gegen die nationalliberale Majorität Sturm läuft und der auch die Hoffnung des Wahlfeldmarschalls Wader bei jeder Landtagswahl bildet. Und bei den Reichstagswahlen ist es nicht anders. Ebenso unwar ist die Behauptung von dem Chaos ohne Centrum, ist der Satz, wir habe das Centrum die Kriegstrompete schmettern lassen. Man braucht sich nur des Kampfrufs zu erinnern, den die ultramontane Kammerfraktion beim Schluß des Landtags 1893/94 erschallen ließ, nachdem eben erst die Zulassung der Missionen genehmigt worden war, um so recht von den Friedensneigungen des Centrums überzeugt zu sein. Es fehlte nur noch, daß Herr Wader auch gefragt hätte, ob jemand sich „getraute“, nein zu sagen auf die Frage, ob nicht gerade er selbst als ein wahrer Hort des konfessionellen und des kirchenpolitischen Friedens sich bewährt habe!

Sogar auf demokratischer Seite hat man diese neueste Wader'sche Leistung etwas zu rührend befunden. Mehr als ein paar allgemeine Sprüche hat allerdings der „Bad. Landesbote“ nicht über sich gebracht. Das freisinnig-demokratische Organ sagt u. a.:

„Das „politische Chaos“ existiert trotz des Bestehens des Centrums und es ist sogar dadurch noch erheblich vermehrt worden, daß von Seiten des Centrums Angelegenheiten, welche mit Politik nichts zu thun haben, in den politischen Kampf gezogen worden sind.“

Man und deutlich auszusprechen, was für Angelegenheiten das sind, hülte sich das demokratische Organ; die Verleumdungen, die frühere schlichtere Verleumdungen der Demokratie, wider dem ultramontanen Stachel zu lösen, im Gefolge hatten, sind allerdings auch wenig verlockend für eine Wiederholung. Ganz schwindelhaft ist es dem Demokratenblatt bei dem Gedanken zu werden, Herr Wader könne die paar Demokraten im Landtag auf den Oppositionsstützen isoliert lassen. Der „Landesbote“ schreibt nämlich:

„Unklar ist es, was Wader mit dem Worten sagen wollte, „auch jetzt sei das Centrum wieder bereit, mit dem Gegner von gestern, wenn er nur wolle, an dem allgemeinen Wohl zu arbeiten.“ Das klingt fast, als hätte Herr Wader vor der Regierung oder den Nationalliberalen eine artige Verbeugung machen wollen. Wenn es kein Centrum gegeben hätte, so meint Herr Wader, würden die verschiedenen Parteien nur ein politisches Chaos darstellen und er wüßte nicht, worauf Staatsmänner — wenn sie nicht auf heute oder morgen arbeiten, sondern die Zukunft in Betracht ziehen, sowie Parteien in Betracht ziehen — rechnen könnten. Wenn man die Worte hört, möchte man fast meinen, daß die deutschen Regierungen nur in dem Centrum ihre Stütze zu finden in der Lage sind.“

Dem Centrumsführer geschieht mit dieser Betrachtung genau so Unrecht, wie dem „Landesboten“ geschehen würde, wenn wir seinen Schlußsatz als eine Empfehlung auch der unentwegten Demokratie an die Adresse der Regierungen deuten würden. Wir sind eben so sehr davon überzeugt, daß die Demokratie das bittere Brot der Opposition weiter essen und dabei die nationalliberale „Affekturgesellschaft“ munter weiter verdolmenzen wird, wie davon, daß Herr Wader lieber Manerbrecher gegen die Regierung, denn Stütze für die Regierung sein will. Man kennt auf der Redaktion des „Landesboten“ Herrn Wader und die Verhältnisse zu wenig, um die Strembacher „Friedensworte“ als das aufzufassen, was sie sind: teils eine Phrase, welche den Hören die Sache des Centrums als die „gute Sache“ in bengalischem Dichte erscheinen lassen soll, teils eine Lockung zu weiteren Zugeständnissen, denen immer weitere Forderungen des Centrums folgen würden, das erst dann und nur dann Regierungsstütze sein würde, wenn es vor der Verwirklichung aller seiner Bestrebungen stünde. So lange wir nicht so weit sind, wird das Centrum einer Regierung gegen schrittweise Zugeständnisse zwar von Fall zu Fall seine Stimmen leihen, keineswegs aber wird es seine Oppositionsstellung und seine demokratischen Allüren aufgeben.

## Vom Tage.

Karlsruhe, 1. Okt.

### Fürst Bismarck

Ist bekanntlich auch nach seinem Rücktritt vom Amte das „bête noire“ aller deutschen „Politiker“ geblieben, die ihm seine eigene Größe und ihre Kleinheit nicht vergehen können. Trotzdem kommt neuerdings ab und zu einmal, wenn auch widerwillig, bei einem oder dem anderen dieser Herren das Gedächtnis zum Ausdruck, daß Fürst Bismarck doch eigentlich ein gar nicht so unbedeutender

Mensch gewesen sei, wie ihn seine Gegner so oft ausgeföhren. Selbst Eugen Richter hat vor kurzem einmal etwas Ähnliches ausgesprochen; in einer Rede, die er zu Herbolz über die „Widerwärtigkeit der heutigen Interessenkämpfe“ hielt, sprach er u. a. aus: „Solange Bismarck am Ruder war, wußte er diesen Interessenkampf in den Grenzen zu halten; jetzt ist er überall entbrannt, überall wird nun verurteilt, die Künste der Gefeggebung zu Sonderinteressen zu benutzen.“ — Und das Organ des Herrn Stöcker, das „Volk“, sagt gar: „Bei den 20 Millionen Deutschen in der weiten Welt außerhalb der schwarzweißroten Grenzspähle hat nicht einer so guten Klang, als der Name: Bismarck! In diesem Namen verkörpert sich ihnen, deren Wäter vielleicht noch aus dem zerfallenen verpörrteten Deutschland emigriert sind, die Größe des Vaterlandes. . . . Auch ohne Amt und Würden macht unser Altreichskanzler Weltgeschichte. Gott erhalte uns noch lange seinen Hut!“ Das schreibt heute das Organ dessen, der vor ein paar Jahren seinen „Scheiterhaufenbrief“ verfaßte. Jede weitere Bemerkung würde diesen Kommentar abschwächen.

### England und Rußland.

Aus London wird der „R. Jg.“ unterm 29. September telegraphiert: „Die Verhandlungen Lord Salisbury's mit dem Kaiser von Rußland sind in durchaus herzlichem Tone verlaufen, haben jedoch bis jetzt noch nicht zu einer endgiltigen Einigung in betreff der Orientpolitik geführt.“ So wird wohl auch nachher geblieben sein — es sei denn, daß sich der englische Premier zu der russischen Anschauungsweise bekehrt hat. — Ueber den gestern von uns erwähnten Anfall des Londoner „Standard“ gegen Deutschland schreiben die „Hamb. Nachr.“:

Der „Standard“ scheint den englisch-russischen Interessengegensatz in Asien und in Konstantinopel für eine böswillige deutsche Erfindung zu halten, die gänzlich ungegründet werden könnte, ebenso wie die splendid isolation, deren man sich in englischen Wätern selbst gerühmt hat, als Phantasiegebilde zu betrachten. Es gehört die volle Gleichgültigkeit der englischen Presse gegen die ihr unbenommen thatfächlichen Verhältnisse dazu, um für möglich zu halten, daß es nur eines höchstbesessenen Lord Salisbury's beim Jaren bedürfe, um alle russisch-englischen Interessengegensätze, welche die europäische Politik beherrschen, auf immerwiederkehren in irgend einer Verleumdung verschwinden zu lassen. Wir können diesen englischen Zeitungsäußerungen gegenüber nur wiederholen, was wir vor einigen Tagen an dieser Stelle ausgesprochen haben: Die russischen und die englischen Interessen sind im Wespensohn so inkompatibel wie in Asien. England ist nicht im Stande, an dieser Sachlage irgend etwas zu ändern; die Ereignisse werden sich nach dem Gehehen des Schwerkrieges von selbst vollziehen und zwar in der Richtung, die Rußland ihnen durch langjährige, sähle und geschickte Politik vorgezeichnet hat. Unter diesen Umständen wird auf der russischen Seite kaum ein Bedürfnis bestehen, sich mit England über die Orientfrage in einem Sinne zu verständigen, welcher den englischen Wünschen entspräche. Der Besuch des Jaren in England dürfte an dieser Situation schwerlich etwas ändern. Die russische auswärtige Politik wird trotz der autokratischen Staatsform immer nur von russischen Interessen und nicht von höfischen Beziehungen beeinflusst. Sie ist uns der heimlich abarbeiten, die wir haben; der russische Staatswagen rollt langsam aber sicher seinen Ziele zu, einest, ob der Jare in England über Frankreich Besuche macht oder sie unterläßt. So lange die Londoner Blätter zur Entlastung dieser Auffassung nicht andere Beweismittel vorbringen, als ihre eigene Behauptung und das Geschehen eines beliebigen Zeitungsartikels in der russischen Presse, werden wir an ihr festhalten. Die russische Politik ist die letzte, die vor englischer „Drückerknechte auf Papier“ kapituliert.“

Welche Wirkungen die Haltung der Engländer und ihre Beherrschung gegen den Sultan und die Türkei auf die türkische Bevölkerung gemacht haben, darüber geht der „Köln. Jg.“ folgendes Stimmungsbild zu:

„Die wilden Hegerien der englischen Presse und Versammlungen sind in der türkischen Bevölkerung nicht so unbedeutend geblieben, wie man im Abendland leicht annehmen hat. Von verschiedenen Seiten wird eine wachsende Erregung unter den Moslems aller Stände gegen England berichtet, in dem man die Schärpen der armenischen Verschwörer wie auch die Urheben aller der Schläge sieht, welche das osmanische Reich neuerdings getroffen haben. Unvorsichtige Äußerungen hier lebender britischer Unterthanen haben ebenfalls dazu beigetragen, diese Stimmung zu fördern, und in den türkischen Kreisen, welche fremder Sprachen mächtig sind, wird befreundeten Europäern gegenüber daraus kein Hehl gemacht. Nun ist das nicht das erstemal, daß sich diese Erregung kundgethan hat; vor Jahrzehnten haben dieselbe Blätter schon den offenen Kampf des ganzen Islams gegen Großbritannien gepredigt, aber die Massen konnte ein solcher Haß weniger ergreifen, weil es an den Thatfachen fehlte, die allein auf sie wirken. Diesmal aber sieht es anders; der freivolente Putsch der armenischen Verschwörer war nach dem Glauben der Moslems unmöglich gewesen, wenn sie in England nicht eine sichere Zuflucht gefunden hätten und die Ausstellung der gefundenen Bomben in Topkane muß diese Empfindung bestärken, denn das Volk urteilt nicht auf Grund logischer Schlüsse, sondern nach dem, was es sieht. Und was es erblickt, genügt, um den Fanatismus zu kräftigen.“

### Türkische Zustände.

Aus Jerusalem geht uns heute folgende Zufschrift zu, die wir zunächst ohne Kommentar veröffentlichen: „Wenn auch ein gewöhnlicher Sterblicher in die hohe Politik der Mächte keinen Einblick hat, so muß ihm doch unbegreiflich sein, daß christliche Mächte immer noch versuchen, die unmögliche Türkei wirtschaftlich aufrecht zu erhalten. Nehmen wir an, daß in Europa viele Mosleme wohnten, welche von Christen bedrängt und gemordet würden, und die Türkei hätte die Macht, einzuschreiten. Ja, bin überzeugt, daß diesfalls ohne weiteres und zwar rücksichtslos eingeschritten würde. Wie viel Blut wird noch fließen müssen, ehe die verlorrene, grausame Türkei wirtschaftlich unter Kuratel gestellt wird? Was in ägyptischen Zeitungen bereits gedruckt zu lesen ist, für uns aber bisher für ungläublich galt, kann ich nunmehr bestätigen. Es betrifft wöchentliche Vorkommnisse im nahen Beirut. Dort hat der Wali (Gouverneur) der Polizei befohlen, ihm täglich 100 türk. Pfund abzuliefern. Das wird nun gewissenhaft befolgt, indem beliebige christliche Personen, selbstredend vorläufig nur türk. Unterthanen, auf der Straße abgefaßt und eingesperrt werden. Die Betroffenen werden überführt, daß sie revolutionäre Briefe schreiben und auf die Straße werfen. Bewiesen wird das dadurch, daß man ihnen aus der Tasche einen solchen Brief herauszieht und vorhält. Das Schreiben wurde vorher einfach dem Beamtenbetenden in die Tasche gesteckt. Nun hilft alles nichts, der Arrestant muß zahlen bis aufs Blut, dann kann er wieder gehen. Ein armer alter Armenier, der sein Verbot in Beirut wohnt und als ein ruhiger braver Mann bekannt ist, wurde vor meinen zuverlässigen Zeugen auf solche Weise abgefaßt. Alle Vorkommnisse seiner Umgebung war umsonst, das verhängnisvolle Schreiben fand sich eben in seiner Tasche. Seine Angabe, daß er überhaupt nicht schreiben könne, was allgemein bekannt ist, nützte nichts. Man nahm sein Barvermögen von circa 40 türk. Pfund und verkaufte seine Labendvorräte! So wird's gemacht, und das ist echt türkisch. Der Wali raubt und bereichert sich so schnell als möglich, und für die andern Beamten muß doch auch etwas abfallen, denn Gehalt bekommen sie schon lange nicht mehr aus Konstantinopel.“ So geschieht es ähnlich den Auswandernden vom

Libanon. Diese Leute haben ja mindestens das Reisgeld nach Amerika in der Tasche. Wie bequem liegt es also, die Blinden in Namen des Staates vorzunehmen unter dem willkürlichen Vorwand, die Leute seien Revolutionäre. Bringt dann endlich durch solche gemeine Bergewaltigung ein Aufstand los, dann zeigt die türk. Regierung den Mächten das unschuldige Gesicht und sagt: sehet, so machen es die Christen! Und die Mächte? Nun, diese bedauern den armen Türken und von Einschreiten ist keine Rede! In Beirut, dieser großen Handelsstadt, stoßen natürlich alle Geschäfte, es herrscht Jammer und Elend. Die christlichen Araber bilden die Mehrheit, wie dies auch im Libanon der Fall ist. Wo sollen sie Hilfe finden? Eine Beschwerde ist nutzlos, denn man kann den Teufel nicht bei seiner Großmutter verlagern. Aber wenn es noch christliche Barmherzigkeit in Europa giebt, so müßten die Mächte dieser tollen grausamen Willkür ein Ende machen, ehe das Unglück weitere Kreise zieht.“

## Deutsches Reich.

**Karlsruhe, 1. Okt.** Endlich hat der „Beobachter“ für gut gefunden, etwas auf unsere verschiedenen, gegen die Centrums-politik gerichteten Artikel zu erwidern. Was er vorbringt, scheint uns sachlich nicht von Gewicht zu sein, aber das führende Organ der Centrumpartei erregt den Mangel durch ein möglichst aufgeregtes Benehmen gegenüber der „Bad. Landeszeitung“. Gerade dies saßen wir als ein besonders gutes Zeichen auf; denn es ist gewiß nicht die Aufgabe eines liberalen Blattes, den Befall der Centrumsorgane zu verdienen, sondern das Gegenteil. Wir werden nächster Tage ausführlich antworten, aber nicht in der Weise des „Bad. Beobachters“, sondern streng sachgemäß durch die Anführung geschichtlicher Altentwürde aus der Zeit, welche dem Ausbruch des „Kulturkampfes“ voranging. Der Inhalt wird unsere Behauptungen Wort für Wort erhärten. Manche Leser mögen von diesen Altentwürden nie gehört haben und wir sind überzeugt, daß sie einen besonders tiefen Eindruck empfangen werden. Andere erinnern sich wohl noch in allgemeinen Umrisen der damaligen Vorgänge und werden nicht ohne Nutzen ihr Gedächtnis auffrischen.

**Berlin, 30. Sept.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute eine umfangreiche Denkschrift betr. die finanzielle Entwicklung der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der zugelassenen besonderen Kassenrichtungen.

**Berlin, 30. Sept.** Wie die „Post“ schreibt, wird das Reichsamt des Innern im Laufe des Oktober mit den Regierungen und Staaten, wo sich Börsen befinden, über die Art der Preisnotierung solcher Waren, deren börsenmäßiger Terminhandel vom 1. Januar 1897 ab unterlag wird, in mündliche Beratungen treten. Diesen Beratungen würden die vor längerer Zeit durch die einzelnen Regierungen von den Börsenvorständen erbetenen Vorschläge zur Aenderung der Börsenordnung zu Grunde gelegt werden. Erst nach endgiltiger Feststellung der neuen Börsenordnung dürfte zu beurteilen sein, inwieweit die von den einzelnen Interessenten bereits abgeschlossenen Lieferungsverträge für Gewerbe sich dem neuen Rahmen der Dinge anpassen.

**Berlin, 30. Sept.** Der Städtetag nahm einstimmig die von Beder-Köhl gestern eingebrachte Resolution betr. die Anstellung der städtischen Beamten an. Zu Punkt 5 der Tagesordnung wurde eine Resolution angenommen, wonach der Staat den Städtgemeinden bezüglich der denselben übertragenen staatlichen Geschäfte thunlich freie Bewegung euguräumen, für die durch diese Geschäfte entfallende Verbelastung eine angemessene Vergütung zu leisten und die Kosten für die zu allgemeinen staatlichen resp. fiskalischen Zwecken zu schaffenden Anlagen und Einrichtungen in der Regel ausschließlich zu tragen hat. In diesem Sinne hat der Vorstand des Städtetages bei der Staats- und Landesregierung vorzugehen. Schließlich wurde eine Resolution Langerhans angenommen, wonach über ungenügende Vertretung der Städte in den gesetzgebenden Körperschaften Beschwerde erhoben und die Aufhebung der Privilegien der Beamten, Geistlichen und Lehrer gefordert wird. Hierauf wurde der Städtetag geschlossen.

**Hamburg, 30. Sept.** Der Streik der Kornaccord-Arbeiter ist thatfächlich beendet. Die gestern Abend stattgehabte Versammlung der Kornaccord-Arbeiter hat ihre Zustimmung dazu erteilt, daß die jetzt noch im Hafen liegenden Schiffe zu den alten Vorkaufsentscheidungen werden, während für die neu ankommenden Schiffe der neue Tarif maßgebend sein soll, wonach der Lohn für die Tonne auf 50 Pf. festgesetzt ist, gleichzeitig ob gemischte oder einfache Ladung; nur ein Steuerbaas hat sich dieser Vereinbarung nicht angeschlossen und wurde infolge dessen über sein Geschäft von der Versammlung die Sperre verhängt.

**Darmstadt, 30. Sept.** Die 9. Hauptversammlung des Evangelischen Bundes sprach sich im Verlauf der heutigen Sitzung gegen die Aufhebung des Jesuitengebietes aus und befürwortete, daß der Charakter als ein allgemeiner christlicher Feiertag erklärt werde.

**Kassel, 30. Sept.** Die hier vereinigten Vertreter fast sämtlicher Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten des Deutschen Reiches nahmen einstimmig folgende Erklärungen an: 1. Die in dem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung von Arbeiterversicherungsgeetzen enthaltenen Bestimmungen, welche auf eine Veränderung der Aufsichtsführung über die Versicherungsanstalten hinielen, sind geeignet, das für die Durchführung der Versicherung bedeutungsvolle Selbstverwaltungsrecht und die Selbstständigkeit der Versicherungsanstalten zu vernichten. 2. Die geltenden Bestimmungen, wonach sich die Aufsicht lediglich auf die Befolgung der gesetzlichen und statuarischen Vorschriften beschränkt und die bisherigen Aufsichtsinstitutionen ausreichen, um eine wirksame Aufsicht über die Versicherungsanstalten zu führen. 3. Die in dem Gesetzesentwurf vorgegebene Erweiterung der Befugnisse des Staatskommissars wird den Geschäftsgang bei den Versicherungsanstalten erschweren und verlangsamen. Die betreffende Bestimmung enthält den Keim zu fortgesetzten Meinungen und Zwistigkeiten zwischen dem Staatskommissar und der Versicherungsanstalt. 4. Für die Bildung von Sectionen bei den Versicherungsanstalten fehlt jede Veranlassung; eine abändernde Maßregel würde nur geeignet sein, die Durchführung der Versicherung zu erschweren und zu verteuern.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

**Brag, 30. Sept.** In Tur wurde der Streik der Bergarbeiter durch anarchische Eingriffe vorbereitet, so daß die Arbeiter streiken, ohne eigentlich Forderungen zu stellen. Ein 50 Mann starker Trupp zieht von Schacht zu Schacht, um die Arbeiter unter Androhung von Gewalt zur Einstellung der Arbeit zu zwingen. In Oflag nahmen die Arbeiter eine bedrohliche Haltung an und verträmmerten die Fenster. In zahlreichen Schächten fand die Einstellung der Arbeit infolge Einschüchterung der Arbeiter statt. Die im Betriebe befindlichen Schächte lachten den Schutz der Behörden nach, welcher auch gewährt wurde. Für militärische Unterstützung wurde gefordert. Bis gestern Abend wurden 9 Verhaftungen vorgenommen. Aus Komotau wird berichtet, daß im Brüxer Revier zahlreiche Arbeitseinstellungen stattgefunden haben. Die Zahl der Streikenden betrug gestern im ganzen 2500.

**Brüg, 30. Sept.** Die Nacht verlief im hiesigen Bergwerksbezirk ohne Störung. Die Anfahrt der heutigen Tagesfahrten unterließ auf 3 Schächten und zwar in Kopitz, Brüg und Triepshies; auf allen übrigen Werken war der Betrieb nahezu normal.





